

Das deutsche Volk befindet sich an einem Wendepunkt

Von JOSEF STREIT, Berlin

„Die Lage in Deutschland hat sich verschärft, weil in Westdeutschland die aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals und der Militaristen die Staatsmacht in den Händen haben. . . . In Westdeutschland herrschen die gleichen Konzernherren, die die Träger der Eroberungspolitik Hitlerdeutschlands waren, und die Offiziere der Hitlerarmee“⁽¹⁾.

In dieser für das deutsche Volk so ernsten Situation ist die Volkskammer der deutschen Demokratischen Republik zusammengetreten, um die programmatische Darlegung des Weges zur friedlichen Lösung der deutschen Frage durch den amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht entgegenzunehmen. Diese Erklärung ist eine neue, große, patriotische Initiative unserer Regierung in entscheidender Stunde zur Rettung unserer Heimat vor der Kriegsgefahr.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Bonner Machthaber immer frecher und hemmungsloser ihre Revancheforderungen offenbaren und sich anschicken, mit Hilfe des EVG-Vertrages, unter Kommando und im Interesse der USA-Monopolisten, eine Vorherrschaft des westdeutschen Militarismus in Westeuropa zu errichten.

Diese aggressive Politik hat innenpolitisch den deutschen Bürgerkrieg, außenpolitisch einen neuen Weltkrieg zum Ziel.

Entgegen diesen gefährlichen Zielen der Adenauer-Clique und ihrer amerikanischen Protektoren entwickelte Walter Ulbricht in seiner Regierungserklärung die friedliche und unabhängige Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Diese Erklärung Walter Ulbrichts hat über das Friedenslager hinaus in der ganzen Welt ein großes Echo hervorgerufen. Sie ist geeignet, freundschaftliche Beziehungen auch zu den Staaten im Westen Europas, besonders zu Frankreich, herzustellen. Deshalb war der Wiederhall der Rede besonders im französischen Volk sehr groß. Die täglichen alarmierenden Einzelheiten der westdeutschen Entwicklung zeigen immer deutlicher und erschreckender: die deutsche Frage ist zur Frage von Krieg oder Frieden in Europa geworden.

Der Zeitpunkt dieser Verlautbarung und ihre konkreten Vorschläge lassen die große Bedeutung der Regierungserklärung erkennen. Insbesondere sind die konkreten Vorschläge zur Annäherung und Verständigung zwischen den Deutschen ein weiterer Beweis für den unerschütterlichen Willen, unserer Regierung, die Bemühungen für die Verständigung der Deutschen beharrlich fortzusetzen und nicht zu erlahmen im Kampfe um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland. In diesem Kampfe wird es gerade in der gegenwärtigen Situation besonders offenbar, daß die Deutsche Demokratische Republik die Basis des großen Ringens um einen einheitlichen und wahrhaft demokratischen deutschen Staat ist und gesamtdeutsche Ziele und Interessen zu vertreten hat.

Diese Funktion hat sie zu erfüllen als Sachwalterin des ganzen friedliebenden deutschen Volkes und in

b Aus der, Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. November 1953.

der Verantwortung vor jenen Völkern, die von den deutschen Imperialisten und Militaristen in zwei Weltkriegen mit unermeßlichem Leid, Brand und Meeren von Blut überzogen worden sind. Dieselben Kräfte sind auch heute in Westdeutschland am Ruder.

„In Westdeutschland ist die faschistische Diktatur Hitlers abgelöst, worden durch eine totalitäre Herrschaft. Westdeutschland ist ein Staat der Unfreiheit, in dem die wiederauflebende Nazijustiz viele Hunderte ehrenwerter Menschen einkerkt, nur weil sie für die Erhaltung des Friedens, gegen die Kriegspolitik der herrschenden Kreise sind“⁽²⁾.

Neben den Tausenden Spionen, Agenten, Brandstiftern und Mördern, die im Auftrag und unterstützt von der Bonner Regierung in die Deutsche Demokratische Republik geschickt werden, gibt es ebensoviele Agenten, Denunzianten und Spitzel, die die westdeutschen Staatsbürger bis in die privatesten Sphären überwachen. So schrieb der westdeutsche Industrielle Spindler in der Zeitung „Der Fortschritt“ vom 20. November:

„Es besteht kein Zweifel, daß sich unter uns ein ganzes Heer von Agenten, Denunzianten und Spitzeln bewegt, die das Gewerbe der Staatssicherheit mit Mitteln betreiben, die schlecht in das Bild eines Rechtsstaates passen. . . . Wer in Bonn herumhört, was alles von den Spürhunden des Verfassungsschutzes zusammengetragen wird und wo sie überall herum schnüffeln, dem stehen bei den Antworten die Haare zu Berge über den Umfang, den die geheime Überwachung des Bürgers in unserem Staate anzunehmen droht.“

Auch diese Schnüffelei hat ihre Vorbilder in dem Spitzelapparat der Nazis und im „amerikanischen „McCarthyismus“, den selbst der antikommunistische Expräsident Truman als „das Abgehen von dem üblichen Rechtsverfahren, die Anwendung faustdicker Lügen und unbegründeter Behauptungen im Namen des Amerikanertums oder der Sicherheit“ bezeichnete. Der Begründer dieser Methode, der Faschistenführer McCarthy, Leiter des berüchtigten „Komitees zur Untersuchung un-amerikanischer Tätigkeit“, wird demnächst Westdeutschland besuchen und sich von der Arbeit des westdeutschen Spitzelapparates überzeugen. In Vorbereitung dieses „hohen“ Besuches ist im Akros-Verlag (Hamburg) ein Buch über McCarthy erschienen, angesichts dessen selbst der bürgerlichen Zeitschrift „Kultur“ (Stuttgart) angst und bange wird, denn sie schreibt:

„Aus alledem kann man entnehmen, daß es mit der Freiheit des freien Menschen in einer freien Welt nicht weit her ist. Dort wimmelt es von Untersuchungsausschüssen und Kommissionen. Dort gibt es Säuberungsaktionen. Dort wird korruptiert und die Freiheit zur Farce gemacht. Und die einzige große Freiheit für die Amerikaner scheint heute zu sein, daß sie nicht „unamerikanisch“ handeln, denken und fühlen dürfen. Und auch diese Freiheit liegt in den Händen des zuständigen Untersuchungsausschusses, der das Recht hat auszudeuten, was amerikanisch oder unamerikanisch ist. Das ist sicherlich nicht die Freiheit, die wir meinen.“

Die Stuttgarter „Kultur“ hat jedoch eine sehr wichtige Feststellung vergessen, nämlich, daß das Volk itfc HA

2>a_a_o_

